SOLIDAR-WERKSTATT

für ein solidarisches, neutrales und weltoffenes Österreich

Waltherstr. 15, 4020 Linz
Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391
Mail: office@solidarwerkstatt.at, Web: www.solidarwerkstatt.at
Facebook: www.facebook.com/solidarwerkstatt

Wenn Sie diesen Rundbrief nicht mehr erhalten möchten, einfach ein Vermerk "unsubscribe" an office@solidarwerkstatt.at

WERKSTATT-Rundbrief Nr. 5/2012

Themen:

(1) Interview: "Mit dem EU-Fiskalpakt bekommt diese Hierarchisierung eine eiserne politische Zwangsjacke"
(2) Es gibt Alternativen! - SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!
(3) ACTA aufgeschoben aber nicht aufgehoben - Veranstaltung "Wem gehören Wissen und Kultur" (15. März, Linz)
(4) Gemeindeinvestitionen sinken um 18%!
(5) Weitere Hinweise
(6) Termine
(7) Facebook
(8) LeserInnenbriefe/Gastkommentare/Diskussion

Das aktuelle Zitat:

"Unsere Verantwortung als Politiker ist, Tatsachen zu schaffen und nicht der Masse zu folgen".
EU-Kommissar **Karel de Gucht** auf die Frage auf die Frage, ob die EU-Kommission auf die Proteste gegen ACTA hören werde, am 29.2.2012 im Handelsausschuss (INTA)

(1) Interview: *"Mit dem EU-Fiskalpakt bekommt diese Hierarchisierung eine eiserne politische Zwangsjacke."*

Solidarwerkstatt und DIDF veranstalten am 3. März 2012 eine Protestaktion und rufen zur Bildung einer Menschenkette am 12. Mai 2012 auf. Das Ziel: Eine Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt, der - so der Chef der Europäischen Zentralbank - "das Ende des Sozialstaats" einläuten soll. ***Boris Lechthaler*** *im Gespräch über die Hintergründe.*

Werkstatt-Rundbrief: Die Solidarwerkstatt hat gemeinsam mit DIDF am Samstag, 3. März 2012 eine Straßenaktion unter dem Motto: Volksabstimmung für Selbstbestimmung! durchgeführt. Wie beurteilst Du die Aktion?

Boris Lechthaler: Um darauf eine Antwort geben zu können, müssen die Bedeutung von Belastungspaket und EU-Fiskalpakt verstanden werden. Im EU-Rahmen erleben wir eine Radikalisierung des Neoliberalismus. Wurde bislang nationales Recht durch EU-Recht gebrochen, zeigt der jüngst im EU-Rat beschlossene Fiskalpakt, dass auch EU-Recht gebrochen wird, wenn es darum geht, den Sozialstaat auslaufen zu lassen. Der Wille der Eliten zur Durchsetzung einer einheitlichen Produktivitätspeitsche im ganzen EU-Raum hierarchisiert die EU. Mit dem Fiskalpakt bekommt diese Hierarchisierung eine eiserne politische Zwangsjacke. Es ist von großer Bedeutung, dass entschiedene Opposition

artikuliert wird. Eine demokratische und solidarische Wende ist im Rahmen dieses Fiskalpakts völlig ausgeschlossen. Die Botschaft kann daher nur lauten, dass ohne Volksabstimmung, dieser Fiskalpakt keine Rechtsbindung entfalten kann. Schon gar nicht für einen Solidarstaat Österreich . Mit der Aktion am 3. März haben die Solidarwerkstatt und DIDF diese Botschaft zum ersten Mal auf der Straße artikuliert.

Werkstatt-Rundbrief: Welche Möglichkeiten für die Entfaltung einer breiten Bewegung für eine Volksabstimmung siehst Du?

Boris Lechthaler: Ein Wiener Freund der Solidarwerkstatt sagte, es habe ihn gefreut, so "mutige" Leute kennengelernt zu haben. Es fragt sich, was so mutig ist, wenn man auf die Straße geht und das Selbstverständlichste verlangt: eine Volksabstimmung über etwas, das laut Merkel "bindend und ewig" gelten soll. Von den PassantInnen erhielten wir viel Aufmerksamkeit, vielfach auch offene Sympathie. Der Zusammenhang ist argumentierbar und die meisten Menschen verstehen ihn. Sie wissen, dass es den Eliten darum geht, sie zu entmündigen. Wenn einige beginnen das auszusprechen, werden andere folgen. Beinahe fassungslos beobachten wir das weitgehende Schweigen der Interessensorganisationen und fast des ganzen Spektrums politischer Organisationen. Das Schauspiel wird uns bereits im Rahmen des Belastungspakets vorgeführt. Dieselben Gewerkschaftsfunktionäre, die gestern noch eine offensive Lohnpolitik argumentierten, erklären jetzt Gehaltsverzicht im öffentlichen Dienst für sozial ausgewogen. Dieselben Pensionistenvertreter, die sich gestern noch über den Pensionistenpreisindex echauffierten, der über dem VPI liege, kommentieren jetzt den Verzicht auf den vollen Inflationsausgleich für hunderttausende PensionistInnen als ihren Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts. Was ist in sie gefahren? Welchen Krampus hat ihnen die Regierung gezeigt? Ist es das drohende Downgrading, das alle auf die Knie gehen läßt? Die Ratifikation des Fiskalpakts ist eine klare machtpolitische Ansage: der Zugang zu ESM-Mitteln wird unmittelbar von der Ratifikation abhängig gemacht. Wer nicht spurt wird quasi den Finanzmärkten ausgeliefert. Das ganze Gebilde wird immer stärker von den Entscheidungen Deutschlands abhängig. Das ist keine Frage des guten oder bösen Willens, sondern liegt in der Dynamik des Prozesses. Ich denke, viele Menschen, die Funktionen im System bekleiden, spüren den scharfen Wind, der da weht und werden vorsichtig. Aber ich glaube nicht, dass es dem Establishment gelingen wird, den Ball niedrig zu halten. In Irland wird es eine bindende Volksabstimmung geben. Viele Menschen werden sich fragen, warum dürfen die IrInnen etwas, was wir nicht dürfen.

Werkstatt-Rundbrief: Es gibt aber Gerüchte, die Regierung wolle den Vertrag mit einfacher Stimmenmehrheit ratifizieren?

Boris Lechthaler: Das wäre ein Staatsstreich. Man kann es nicht anders bezeichnen. Das zeigt die Entschlossenheit, aber auch die Kopflosigkeit des Establishments. Wir müssen beachten: Der Eindruck, mit dem vorliegenden Belastungspaket sei mit einmaliger, kurzer Entschlossenheit alles wieder ins Lot gebracht worden, ist eine Fata Morgana. Die Rezession in der Euro-Zone wird sich vertiefen, Einkommen wird vernichtet, Haftungen schlagend werden. Wesentliche Teile des Belastungspakets bestehen nur aus Überschriften, insbesondere die einnahmenseitigen Maßnahmen. Mit der Gefügigkeit der großen Interessensorganisationen kommen die Begehrlichkeiten der Eliten ins Wuchern. Es stehen uns große Angriffe auf das Sozialversicherungssystem, insbesondere die Pensionen, die Flächentarifverträge und die kommunalen Budgets bevor. Alle Loyalitäten und Abhängigkeiten werden großen Belastungen ausgesetzt werden. Eine solidarische und demokratische Wende wird jedoch nur dann stattfinden, wenn sich in diesen Auseinandersetzungen gesellschaftliche Kräfte organisieren, die den machtpolitischen

Zusammenhang auf die Agenda setzen. Der EU-Fiskalpakt ist illegal. Es ist wichtig, dass dies ausgesprochen wird.

Werkstatt-Rundbrief: Manche konzentrieren sich jetzt darauf, die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer zu fordern oder die Gründung einer europäischen Ratingagentur?

Boris Lechthaler: Damit wird einmal mehr vermittelt, die EU sei auf dem richtigen Weg, es gehe bloß noch um Ausgewogenheit, die Ausgestaltung im Detail. So wird das Lied der Opposition noch zum Wasser auf den Mühlen der Eliten. Es dürfen Überschriften benannt werden, mit denen zentrale EU-Institutionen gestärkt werden, über deren konkrete Praxis dann Deutschland entscheidet. Diesen Vorgang konnten wir schon im Rahmen des EU-six-packs beobachten. Eines der Kriterien für das Monitoring der nationalen Budgetpläne durch die EU-Komission bilden die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Geahndet werden jedoch nicht die Lohndrückerei in den exportstarken Ländern, sondern Mindestlöhne und Standards in den schwachen Ländern. Finanztransaktionssteuern, Vermögenssteuern mögen ihre Berechtigung haben. Sich jetzt darauf zu beschränken, heißt nichts anderes, als sich wie ein Esel mit jeder Karotte im Kreis führen zu lassen.

Werkstatt-Rundbrief: Siehst Du eine europäische Perspektive für eine solidarische und demokratische Wende?

Boris Lechthaler: Der Präsident der EZB, Mario Draghi, meint, es ist Zeit sich vom Sozialstaat zu verabschieden. Das zeigt nicht nur, dass der EU-Integrationsprozess ein Marsch in die Vergangenheit ist. Auch wenn sich die EU mit allen möglichen Adjektiva schmückt. Sie ist eigentlich ein antieuropäisches Projekt. Einzig den großen europäischen Konzernen in ihrem Kampf um globale Vorherrschaft verpflichtet, wird das Wohl der Menschen in Europa selbst bedeutungslos. Umgekehrt ist der Kampf um die Durchsetzung einer Volksabstimmung über den EU-Fiskalpakt, ja auch weitergehend die Forderung nach Austritt aus der EU auch ein Akt europäischer Solidarität. Gerade für Österreich stellt sich die Frage zugespitzt. Wenn wir so wie bisher einfach brav mitmarschieren, werden wir wieder einmal zum Juniorpartner eines aggressiven Großmachtsprojekts unter deutscher Führung. Aus dieser Kumpanei müssen wir ausbrechen! Österreich hat sich bislang eine Scheinautonomie vermittels eines überdehnten Finanzsektors vorgegaukelt. Das fällt uns jetzt auf den Kopf und bringt uns erst recht in Abhängigkeit. Eine solidarische und demokratische Wende ist nur durchsetzbar, wenn das EU-Regime in Frage gestellt wird. Ein Solidarstaat würde mit Sicherheit zum Katalysator eines derartigen Prozesses auch in anderen Ländern.

Werkstatt-Rundbrief: Welche weiteren Schritte sind geplant?

Boris Lechthaler: Das Wissen rund um die EU-Entscheidungen ist nach wie vor minimal. Die nächsten Wochen müssen intensiv dafür genutzt werden, zu informieren. Dafür kann jede/r im Rahmen seiner/ihrer Möglichkeiten einen Beitrag leisten. Die Solidarwerkstatt und DIDF werden am Samstag, 12. Mai 2012 einen Umzug vom Haus der EU zum österreichischen Parlament veranstalten. Toll wäre es, würde es uns gelingen eine Menschenkette rund ums Parlament zu bilden. Dafür braucht es noch mehr Menschen, die sich einklinken. Insbesondere ersuchen wir BetriebsrätInnen und GemeinderätInnen aktiv zu werden. Es geht um die Interessen ihrer Leute. Es würde uns freuen, wenn noch andere Initiativen und Organisationen aktiv würden.

Zum Nachschauen:
Zum Video über die Aktion am 3. März "Volksabstimmung für Selbstbestimmung - Keine Entmündigung - Keine EU-Budgetdiktate!"
Zum Unterstützen:
Online-Aktion für einen Volksabstimmung über Schuldenbremse und neue EU-Budgetdiktate
Zum Nachhören:
Radio-Sendung der Solidarwerkstatt zum EU-Fiskalpakt

(2) Es gibt Alternativen - SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!

"There is no alternative", *war die Kampfparole von Margaret Thatcher und ihren neokonservativen Rabauken, die nun EU-Kommission, EZB, Regierung und Großindustrie trommeln. Wir sagen: es gibt Alternativen zu Schuldenbremse und EU-Budgetdiktaten! Unter dem Motto „SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!" führen wir in der Solidar-Werkstatt derzeit eine intensive Debatte um solidarische, ökologische und demokratische Alternativen.*

"There is no alternative", war die Kampfparole von Margaret Thatcher und ihren neokonservativen Rabauken. Zwei Jahrzehnte später hören wir dieselbe Parole von EU-Kommission, EZB, Regierung und Großindustrie, um mit Schuldenbremse und neuen Budgetdiktaten die Demontage des Sozialstaats durchzupeitschen. Wäre die Medienlandschaft nicht bereits derart neoliberal hirnerweicht, würde wohl den meisten rasch dämmern, dass der Kaiser, der das ausruft, pudelnackt ist. Er erklärt zur Krisentherapie, was uns die Krise eingebrockt hat. Finanz- und Wirtschaftskrise und - im Gefolge - die Erhöhung der Staatsschulden sind schließlich das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Wirtschaftspolitik, wie sie die EU sogar in Verfassungsrang gehoben hat.

Insofern ist klar: Natürlich gibt es Alternativen, vorausgesetzt wir wagen es, aus der neoliberalen Zwangsjacke des EU-Konkurrenzregimes auszubrechen. Nur wer dieses Regime zum Tellerrand der Politik erhebt, vermag keine Alternativen mehr zu sehen.

Wir haben unter unsere Verhältnisse gelebt! Unter dem Motto „SolidarstaAt statt EU-Konkurrenzregime!" führen wir in der Solidar-Werkstatt derzeit eine intensive Debatte um solidarische, ökologische und demokratische Alternativen, die wir in einem neuen Programm für einen Solidarstaat in Österreich verdichten wollen. Unsere Grundüberlegung: Wir brauchen nicht weniger Staat, sondern wir brauchen deutlich mehr und einen grundsätzlich anderen Staat. Denn: Der Hauptgrund für die tiefe Krise, in der wir uns befinden, ist nicht, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten, ganz im Gegenteil: Wir haben unter unsere Verhältnisse gelebt! Sowohl die Löhne und Gehälter als auch die Nachfrage des Staates sind weit hinter der rasch wachsenden industriellen Produktivität zurückgeblieben, sodass diese in krisenverschärfenden Exportoffensiven und der Aufblähung des Finanzkasinos verprasst wurde, statt in gesellschaftlich sinnvolle Bahnen gelenkt zu werden.

In welche Bahnen wollen wir Geld und gesellschaftliche Arbeit lenken:

Gesundheit und Pflege:
- Einbeziehung der Pflege in die Sozialversicherung – jede/r soll unabhängig von seinem/ihrem Einkommen Anspruch auf qualitativ hochstehende Pflegedienstleistungen haben
- Psychotherapie auf Krankenschein
- Einbeziehung von Zahnersatz, Zahnregulierung, Sehbehelfen und Brillen in die soziale Krankenversicherung

Bildung:
- Gesamtschule der 10 bis 14-Jährigen bei gleichzeitiger Senkung der Klassenschülerzahlen auf das finnische Niveau (rd. 15)
- Flächendeckende Ganztagsschulen
- Schul- bzw. Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr
- Recht auf fünf zusätzliche Bildungsjahre für jede/n nach dem 18. Lebensjahr Erhöhung des Hochschulbudgetsauf 2% des BIP

Öffentlicher Verkehr:
- Ausbau des Öffentlichen Verkehrs
 nach dem Muster der Schweiz (Ausbau in der Fläche, Halbstundentakt zwischen allen regionalen Zentren)
- Nulltarif auf allen Öffentlichen Verkehrsmitteln

Investitionsoffensive Gemeinden und Energie:
- Steigerung der kommunalen Investitionen zumindest auf den Stand vor dem EU-Beitritt
 (ca. 1,4% des BIP; derzeit bereits unter 0,6%)
- Erreichung eines energieautarken Österreichs auf der Grundlage erneuerbarer Energien innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahrzehnte.

Entwicklungszusammenarbeit:
- Umsetzung des Millenniumsziels von zumindest 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit (derzeit klägliche 0,3%)

20 bis 30 Milliarden mehr statt 9 Milliarden weniger. Das ist eine kurze Skizze unseres Diskussionsstands, vieles muss noch vertieft und ergänzt werden. Wir haben uns trotzdem über eine erste finanzielle Schätzung dieses Programms gewagt und sind auf einen Betrag von ca. 20 bis 30 zusätzlichen Milliarden an öffentlichen Mitteln gekommen. Manch einer mag sich die Augen reiben: Mit der Schuldenbremse will die Regierung bis 2017 die staatlichen Ausgaben pro Jahr um mindestens 9 Milliarden zurückfahren und wir fordern 20 bis 30 Milliarden zusätzlich? Können wir uns das leisten? Ja, das können wir, besser gesagt, das müssen wir uns leisten, wenn wir nicht von Krise zu Krise weitertaumeln wollen, weil die hohe wirtschaftliche Produktivität in gefährlichen Exportschlachten und Wirtschaftskriegen um die globalen Waren- und Kapitalmärkte verpulvert wird, die ganze Volkswirtschaften in den Ruin reißen und unabsehbare soziale, politische und militärische Konfrontationen heraufbeschwören. Oder einfacher: Wir müssen uns diese Ausgaben leisten, wenn wir den potentiellen Reichtum zum realen Reichtum vieler machen wollen: soziale Existenzsicherheit, gesundes Leben, eine lebenswerte Umwelt auch für nachfolgende Generationen, ein respektvolles Miteinander, mehr Bildung und Mitbestimmung für alle, friedliche Kooperation auf internationaler Ebene.

Vollbeschäftigungspolitik und Wertschöpfungssteuern. Wir sehen zwei Hauptquellen, mit denen der Ausbau der öffentlichen Leistungen finanziert werden kann:

Vollbeschäftigungspolitik: Vollbeschäftigung ist möglich, denn der Ausbau des Solidarstaats braucht viele Köpfe und Hände. Und Arbeitslosigkeit ist wohl die größte Vergeudung, die wir uns derzeit leisten. Sie führt zu politischen Verwerfungen, demütigt die Betroffenen und ist teuer: Jeder Arbeitslose kostet ca. 26.000 Euro im Jahr (17.000 Arbeitslosenunterstützung plus 9.000 Entlang von Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen). Schon durch die Halbierung der Arbeitslosigkeit und dem besseren Ausschöpfen der gerade in Österreich hohen Arbeitsmarktreserven (z.B.

unfreiwilliger Rückzug auf Hausarbeit oder Teilzeitarbeit) könnten rd. 6-7 Milliarden Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen gespült werden.

Wertschöpfungssteuern: Mit dem Tod des damaligen Sozialministers Alfred Dallinger im Jahr 1989 ist auch die Diskussion um die Wertschöpfungsabgabe im Bodensee versunken. Es gilt sie zu bergen. Mit einer rd. 5%-Abgabe auf alle Komponenten der Wertschöpfung können rd. 13-14 Milliarden zusätzlich mobilisiert werden. Gerade die Einbeziehung der Abschreibungen sichert die Überführung wachsender industrieller Produktivität in den Ausbau gemeinschaftlichen Dienstleistungen.

Neues Verteilungsmuster. Wertschöpfungsbezogene Steuern sichern nicht nur ein entsprechendes Volumen, wir sehen sie auch als Grundlage für einen individuellen Anspruch aller auf die vielfältigen öffentlichen Leistungen. Damit entfaltet sich ein neues Verteilungsmuster, wie wir es derzeit ansatzweise in der sozialen Krankenversicherung kennen: Jeder zahlt entsprechend seiner finanziellen Leistungsfähigkeit, jede/r bekommt entsprechend seiner/ihrer Bedürfnisse. Wer profitiert von einem solchen Solidarstaat? Sehr viele, denn neuere Untersuchungen bestätigen, dass in egalitären, sozial entspannten Gesellschaften alle glücklicher sind, auch die Reicheren. Natürlich profitieren die unteren sozialen Schichten der Bevölkerung besonders, da sie für relativ geringe Beiträge den unentgeltlichen Anspruch auf Leistungen erhalten, die derzeit für sie entweder nur unter großen Entbehrungen oder gar nicht erschwinglich sind: vom Hochschulstudium für sie bzw. ihre Kinder über qualitativ hochwertige Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen bis hin zu einer umweltfreundlichen Mobilität.

Trotzdem muss man den Einwand ernst nehmen, dass für Geringverdiener auch 5% mehr an Abgaben schmerzhaft sind. Im Ringen um einen Solidarstaats kann und darf daher die sog. Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital nicht ausgeklammert werden. Vollbeschäftigungspolitik und der Ausbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen und gemeinnützigen Sektor würden dabei die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit enorm stärken. Vor allem die unteren Einkommensgruppen der ArbeitnehmerInnen, die im letzten Jahrzehnt besonders stark zurückgefallen sind, müssen rasch aufholen. Wir fordern deshalb einen Mindestlohn von 1.500 Euro brutto.

Gesellschaftliche Übel können keine nachhaltige Finanzierungsgrundlage sein. Auch andere Steuern sind wichtig: So treten wir für höhere Steuern auf Vermögen, Spekulation und Umweltverbrauch, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für Großverdiener und Konzerne und eine Aufhebung der Privilegierung des Exports bei der Mehrwertsteuer ein. Im Unterschied zu ÖGB oder ATTAC sehen wir darin aber keine tragfähige Grundlage für den Aufbau eines Solidarstaates. Warum?
Zum einen wird das Volumen gerade im Bereich der Vermögenssteuern nicht ansatzweise ausreichen, um 20 bis 30 zusätzliche Milliarden zu mobilisieren. Die Bewertung von Vermögen ist außerdem höchst volatil, wie wir gerade während der Finanzkrise deutlich gesehen haben. Ein Sozialstaat muss aber auf stabilen Einnahmefundamenten beruhen, wie sie nur wertschöpfungsbezogene Abgaben, basierend auf einer Vollbeschäftigungspolitik, gewährleisten können. Zum anderen sehen wir Vermögens-, Finanztransaktionssteuern oder Umweltabgaben als Lenkungsabgaben, d.h. damit werden gesellschaftliche Übel (überbordender Reichtum, exzessive Spekulation, Umweltzerstörung, usw.) besteuert – mit dem Ziel, diese Übel zurückzudrängen. Ihr Erfolg bemisst sich daran, dass die Einnahmen zurückgehen. Wollte man durch solche Steuern jedoch dauerhafte Sozial- und Bildungsausgaben finanzieren, müsste man diese Übel geradezu kultivieren. Das halten wir nicht für sinnvoll. Einnahmen aus diesen Steuern können wertvoll sein, um Investitionen

anzuschieben (z.B. Umweltsteuern, um eine ökologische Infrastruktur aufzubauen), und sie können helfen, Steuersenkungen (z.B. bei unsozialen Massensteuern wie der Mehrwertsteuer oder bei der Lohn- und Einkommenssteuer für mittlere Einkommen) gegenzufinanzieren.

Zweifellos sehen wir auch viele Bereiche, wo gespart werden sollte, z.B. bei Rüstung, Überwachungsstaat, Straßenbau. Am meisten gewinnen bzw. ersparen wir uns jedoch, wenn die knappen Umweltressourcen geschont, soziale und politische Konfrontationen abgewendet und die Menschen gesünder, klüger und glücklicher werden, indem wir jetzt intelligent mehr ausgeben. Wir ahnen gar nicht, welche Kostenlawine - und welches Leid - wir uns in Zukunft dadurch ersparen können.

Viele Fragen sind noch offen. Es braucht noch viel Diskussion, aber vor allem viel soziale Bewegung, um den Weg für eine Alternative Richtung Solidarstaat zu öffnen, weil ebenso mächtige wie bornierte Interessensgruppen dem entgegenstehen. Eine nachhaltige Erhöhung der Staatsquote, wie sie für einen Solidarstaat Österreich unumgänglich ist, würde durch die Verschärfung des EU-Stabillitätspakts 2011 sogar explizit verboten. Ein Solidarstaat ist Gegenprogramm und Alternative zu Schuldenbremse und EU-Budgetdiktaten.

Wir laden alle Interessierten ein, sich in und mit der Solidar-Werkstatt dafür zu engagieren.

Gerald Oberansmayr

(3) ACTA aufgeschoben aber nicht aufgehoben

Das Handelsabkommen ACTA (kurz für Anti-Counterfeiting Trade Agreeement) wurde dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Prüfung vorgelegt und so vorerst aufgeschoben. ACTA und anderen Handelsverträgen wollen die Logik der knappen stofflichen Güter den leicht teil- und vermehrbaren Immaterialgüter überstülpen, indem digitale Zäune und Ausgrenzungen geschaffen werden. Um das durchsetzen zu können, drohen hypertrophe Überwachungsstrukturen und die immer weitere Einschränkung von Demokratie und Freiheitsrechten. Das gilt es zu verhindern!

Es wird ruhiger um ACTA, die Trommeln leiser. Ein paar Wochen trommelten die offiziellen Medien Positionen zu ACTA. Jetzt nachdem ACTA dem EUGH weitergereicht wurde, drohen ACTA und Co. wieder in Vergessenheit geraten. Wir müssen wachsam sein. Die Entscheidung des EUGH mag 1 - 1,5 Jahre dauern, wie kolportiert wird, dass bedeutet aber nicht das ACTA vom Tisch wäre. IPRED (Richtlinie zur "Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte") und Co, die Vorratsdatenspeicherung (anlassloses Speichern von Kommunikations- und Bewegungsdaten) und weitere noch nicht ins Licht der Öffentlichkeit gerückte Bedrohen für unsere Meinungsfreiheit, Grundrechte, die Entwicklung der Gesellschaft gilt es zu beleuchten und auch diese zu bekämpfen, wenn sie unsere Grundrechte gefährden.

Freien Zugang sichern. Wissen und Kultur können über das Internet weitgehend kostenlos geteilt und weitergeben werden, ohne sie jemandem zu nehmen. Das kollidiert mit den Eigentums- und Verwertungsinteressen vor allem von großen Konzerngruppen. ACTA, IPRED sind Gesetze bzw. Verträge, mit denen die Gewinninteressen der sog. "Rechteverwerter" (Firmen die die rechte auf die Produkte besitzen) geschützt werden sollen, indem das freie Teilen von Wissen, Kultur und Information im Internet beschränkt, zensuriert und überwacht wird. Damit drohen hypertrophe Überwachungsstrukturen und die immer weitere Einschränkung von Demokratie und Freiheitsrechten. Wenn wir das nicht wollen,

müssen wir ACTA, IPRED & Co verhindern und die Debatte um ein zukunftsfähiges und demokratietaugliches Urheberrecht beginnen, das allen Menschen einen möglichst breiten Zugang zu Wissen und Kultur sichert. Die durch den Aufschub von ACTA gewonnene Zeit muss für eine solche Debatte genutzt werden.

Österreich darf nicht ratifizieren! Die österreichische Bundesregierung hat entschieden, die Ratifizierung von ACTA solange aufzuschieben, bis es auf EU-Ebene dazu eine Entscheidung gibt. Und dann werden wir wie Lemminge dieser Entscheidung folgen? Der Österreichische Nationalrat hat die Macht, selbst wenn es „keine kritische Stellungnahme“ von Seiten des EuGH zu ACTA geben sollte, ACTA nicht zu ratifizieren. Diese Macht habt ihr zu nutzen! Gesetze müssen für Menschen unter dem Gesichtspunkt der Menschrechte ausgearbeitet werden statt Konzerninteressen und Gewinnorientierung zu dienen.

Informationen, Aktionen, Veranstaltungen:

- Die Solidar-Werkstatt lädt alle Interessierten zur offenen Diskussion mit Input-Referaten mit dem Titel **"Wem gehören Wissen und Kultur?"**
  Dabei wollen wir sowohl über Hintergründe und Auswirkungen dieser Angriffe auf die freie Verbreitung von Wissen und Kultur, vor allem aber auch über fortschrittliche Alternativen diskutieren, mit denen wir diesen Angriffen entgegentreten können.
  Wo: im Büro der Solidar-Werkstatt Österreich, Waltherstr. 15, 4020 Linz
  Wann: Donnerstag, 15. März 2012, 19h.
  Eintritt frei! Hinkommen, mitreden! Weitersagen! Wir freuen uns auf Euch!

- Nächste Protestaktionen gegen ACTA und Vorratsdatenspeicherung sind für den 31. März geplant. Hinkommen, bring Freunde mit, protestieren wir gemeinsam für unsere Meinungsfreiheit und Grundrechte, gegen ACTA und Vorratsdatenspeicherung.

- Die Petition "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung" der Bürgerinitiative AK Vorrat Österreich 68.000 Unterschriften überschritten. Hier gegen die anlasslose Aufzeichnung unserer Internet- und Telefoniergewohnheiten mit der wir alle unter Generalverdacht geraten unterschreiben: http://zeichnemit.at/.

Veranstaltungshinweise:

Die Solidar-Werkstatt lädt alle Interessierten zur offenen Diskussion mit Input-Referaten mit dem Titel **"Wem gehören Wissen und Kultur?"**
Dabei wollen wir sowohl über Hintergründe und Auswirkungen dieser Angriffe auf die freie Verbreitung von Wissen und Kultur, vor allem aber auch über fortschrittliche Alternativen diskutieren, mit denen wir diesen Angriffen entgegentreten können.
Wo: im Büro der Solidar-Werkstatt Österreich, Waltherstr. 15, 4020 Linz
Wann: Donnerstag, 15. März 2012, 19h.
Eintritt frei! Hinkommen, mitreden! Weitersagen! Wir freuen uns auf Euch! Nähere Informationen dazu hier

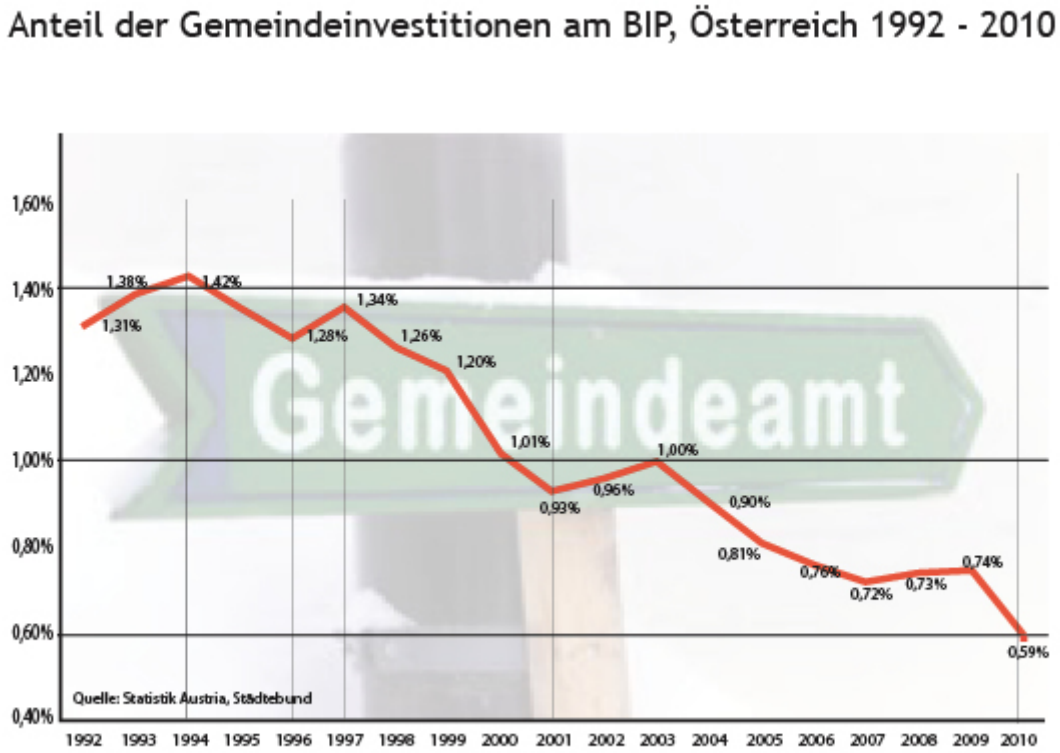
Protestaktionen gegen ACTA und Vorratsdatenspeicherung: 31. März in Linz. Hinkommen, bring Freunde mit, protestieren wir gemeinsam für unsere Meinungsfreiheit und Grundrechte, gegen ACTA und Vorratsdatenspeicherung.

Die **Petition "Stoppt die Vorratsdatenspeicherung"** der Bürgerinitiative AK Vorrat Österreich 68.000 Unterschriften überschritten. Hier gegen die anlasslose Aufzeichnung unserer Internet- und Telefoniergewohnheiten mit der wir alle unter Generalverdacht geraten unterschreiben: http://zeichnemit.at/.

(4) Gemeindeinvestitionen sinken um 18%

***Österreichs Gemeinden haben die „Schuldenbremse vorgezogen“,* so Gemeindebundpräsident Mödlhammer. Das Resultat ist verheerend: Die kommunalen Investitionen gehen um fast ein Fünftel zurück.**

Einbruch bei den kommunalen Investitionen seit Mitte der 90er Jahre.



Gespart wird faktisch bei allen Investitionen, wobei vom Volumen her die kommunalen Dienstleistungen und Versorgungsaufträge (z.B. Wasserver- und -entsorgung, Müllabfuhr), gefolgt von Verkehrs- und Wasserbau und Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft am stärksten ins Gewicht fallen (vgl. Tabelle). Damit haben die Gemeinden vorweggenommen, was uns auch auf Bundes- und Länderebene mit der Schuldenbremse droht: eine Zukunftsbremse, die auf Kosten der Leistungen der Daseinsvorsorge und der Qualität von lebenswichtigen Infrastrukturen spart. Und die Arbeitsplätze vernichtet. Gerade kommunale Investitionen sichern oft viele Arbeitsplätze im regionalen Umfeld, auch abseits der Ballungszentren. Der Österreichische Gemeindebund zitiert Studien, wonach 70.000 Euro Gemeindeinvestitionen 1,55 Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern. Umgerechnet bedeutet das, dass alleine der Rückgang von 2009 auf 2010 um 368 Millionen über 8.000 Arbeitsplätze gekostet hat.

55.000 Arbeitsplätze vernichtet. Das Schrumpfen der Gemeindeinvestitionen um fast ein Fünftel stellt zwar einen Sprung nach unten dar, folgt aber einer Entwicklung, die mit dem EU-Beitritt beginnt. 1994/95 erreichten die kommunalen Investitionen sowohl absolut als auch als Anteil am Bruttoinlandsprodukt den bisherigen Höhepunkt. Seither geht es kontinuierlich bergab. Von rd. 1,42% Anteil am BIP im Jahr 1994 auf 0,59% sind die Investitionen der Gemeinden auf weit unter die Hälfte zurückgegangen (vgl. Grafik). Das klingt in Prozent wenig, rechnet man aber in Geldbeträge um, ergeben sich beeindruckende Zahlen. Wäre 2010 der Anteil der Gemeindeinvestitionen noch so hoch im Jahr 1994

gewesen, wäre um fast 2,4 Milliarden mehr von und in den Gemeinden und Städten investiert worden. In Arbeitsplätze umgerechnet: 55.000 Menschen könnten einer – hochgradig sinnvollen – Beschäftigung nachgehen. Damit könnte die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im Österreich um fast ein Fünftel reduziert werden.

Verlust von Lebensqualität. Insgesamt sind uns allen durch diesen Rückgang im Zeitraum 1994 – 2010 über 17 Milliarden Euro an Investitionen verloren gegangen. Wenn wir uns vor Augen halten, wofür unsere Gemeinden und Städte mittlerweile sorgen, so wird klar, dass der große Teil der Bevölkerung an Lebensqualität und verliert, wenn in den Gemeinden gespart wird. Die Gemeinden sichern wichtige Infrastrukturen für Mobilität und Transport, insbesondere auch den Öffentlichen Personennahverkehr. Gemeinden sorgen für eine Grundversorgung im Sozial- und Gesundheitsbereich, indem sie Kindergärten, Volks- und Hauptschulen oder die meisten Pflege- und Betreuungseinrichtungen errichten und erhalten. Auch in der Errichtung und der Erhaltung sämtlicher Wasser- und Abwasseranlagen spielt die Gemeinde die maßgebliche Rolle. Die Gemeinden sorgen dafür, dass der Müll regelmäßig abgeholt und fachgerecht entsorgt wird. Gemeinden sichern eine vielfältige Grundversorgung im Kultur- und Freizeitbereich, unterstützen die Arbeit von Sport-, Freizeit- und Kulturvereinen. Darüber hinaus haben die Gemeinden eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich.

Beispiele, wie jenes der oberösterreichischen Gemeinde in Saxen, wo im vergangenen Jahr die Decke des örtlichen Schulgebäudes einstürzte, könnten sich also bald häufen, wenn immer mehr bei Investitionen gespart wird.

KÜRZUNGEN DER GEMEINDEINVESTITIONEN
2009/2010 (im Detail)

Quelle: Städtebund	Einsparung Summe	Veränderung 2009/2010
Kommunale Dienstleistungen	- € 151,50	-16,50%
Straßen-, Wasserbau, Verkehr	- € 117,90	-22,80%
Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft	- € 49,00	-14,80%
Öffentliche Ordnung, Sicherheit	- € 15,70	-15,00%
Kunst, Kultur, Kultus	- € 13,20	-25,60%
Verwaltung	- € 7,80	-13,20%
Wirtschaftsförderung	- € 5,70	-23,00%
Gesundheit	- € 5,20	-53,80%
Soziale Wohlfahrt, Wohnbau	- € 2,40	-10,80%
Summe der Einsparungen	**- € 368,30**	**-18,10%**

Anforderungen steigen – Ertragsanteile sinken. Die Finanznot der Gemeinden fällt nicht von Himmel, sie ist politisch verursacht und wohl auch gewollt. Während die Anforderungen an eine moderne, sozial und ökologisch nachhaltige Infrastruktur laufend wächst, wird über die EU-Ebene ein rigides neoliberales Regime verordnet, das die öffentlichen Einnahmen austrocknen lässt. Bei den Gemeinden zeigt sich diese Diskrepanz besonders deutlich: Die steigenden sozialen Anforderungen (z.B. vorschulische Erziehung, Pflege, Armutsbekämpfung) haben dazu geführt, dass die kommunalen Ausgaben für soziale Wohlfahrt 2008/2010 um 16,4% oder 268 Millionen gewachsen sind. Im selben Zeitraum sind die vom Bund an die Gemeinden überwiesenen Ertragsanteile, die den Hauptteil der kommunalen Einnahmen darstellen, um 344 Millionen oder 6,7% gesunken. Die Folge: Die sog. „freie Finanzspitze“, also jener Teil der Gemeindefinanzen, der für investive Zwecke im eigenen Gemeindehaushalt zur Verfügung steht, schrumpft rapide: von plus 623 Millionen im

Jahr 2007 auf minus 7 Millionen im Jahr 2009. Immer mehr Gemeinden werden daher zu sogenannten Abgangsgemeinden, d.h. die Ausgaben aus dem ordentlichen Haushalt übersteigen die ordentlichen Einnahmen, sodass sie unter Kuratel der Landespolitik geraten, also faktisch entmündigt werden. Knapp die Hälfte aller österreichischen Gemeinden befanden sich 2010 in dieser misslichen Situation. Der Bürgermeister von Grein (OÖ), Manfred Michlmayr verdeutlicht, was das heißt: *„Ein Einsatzfahrzeug unserer Feuerwehr hatte eine Reifenpanne. Die Reifen waren 21 Jahre alt! Was tut man? Auf den Felgen zum Einsatz fahren? Natürlich kauft man neue Reifen. Halt, das geht nicht! Wir warten seit zwei Monaten gespannt darauf, ob unser untertänigstes Ansuchen bewilligt wird. Allein die Tatsache, dass man Selbstverständlichkeiten genehmigen lassen muss, sie werden sonst in der Abgangsdeckung nicht ersetzt, ist unmöglich, demütigend, schwachsinnig und produziert nur völlig überflüssigen Aufwand.“* (Bezirksrundschau Perg, 1.12.2011).

Politische Entmündigung und die von oben dekredierte Zwangsverwaltung ziehen sich in der EU mittlerweile von den Parlamenten der einzelnen Mitgliedsstaaten bis zu den kleinsten Gemeindestuben. Gewählte VolksvertreterInnen haben immer weniger zu reden. Wenn wir uns mit diesem Marsch zurück in vordemokratische Verhältnisse nicht abfinden wollen, müssen wir das neoliberale EU-Korsett abschütteln.

(5) Weitere Hinweise

Einladung zum Sozialgipfel Reloaded
Sozialgipfel Reloaded – Motto: **Achtung Gefährdung! Wir im Sozial-, Gesundheits-, Elementar- und Erwachsenenbildungs-Bereich zeigen an…!**
Mi, 21. März 2012
16.00 bis ca. 20.30 Uhr *(Anmeldung bereits ab 15.30h),* Im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien, Theresianumgasse 16-18, 1040 Wien
Um Anmeldung bis zum 18. März 2012 wird gebeten - direkt HIER.

Werkstatt-Radio auf Radio FRO
REINHÖREN - Nächste Sendung 16. März 2012, 19 - 20h
NACHHÖREN - Werkstatt-Radio auf Radio FRO kann hier nachgehört werden! Die Sendungen finden jeden dritten Montag im Monat von 19 - 20 Uhr statt.
Empfangsgebiet: Großraum Linz auf 105.0 MHz, Im LIWEST-Kabel auf 95,6 MHz, Weltweit via Livestream unter www.fro.at

WERKSTATT-*Blatt* (guernica) - Zeitung der Solidarwerkstatt
Für Mitglieder und AbonnentInnen stellen wir auf Spendenbasis gerne mehrere Exemplare zum Weiterverteilen zur Verfügung!
Abonnement des **WERKSTATT-Blatts** zu verschenken. Ein **10-Nummern-Abo** gibt es für **Euro 9,-** und ein **5 Nummern-Abo Euro 5,-** ein Probeexemplar schicken auch wir gerne kostenlos zu.
Bestellung: office@solidarwerkstatt.at
Überblick über die aktuelle Ausgabe hier

Parlamentarische BürgerInnen-Initiative "Pflege in die Sozialversicherung!"
hier ONLINE unterstützen!

Online-Petition: Stoppt die Vorratsdatenspeicherung
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/BI/BI_00037/index.shtml#tab-Zustimmungserklaerung

Einwendungen gegen die A26-Westring-Autobahn durch Linz im Zuge des UVP-Verfahren jetzt unterschreiben!
Nähere Informationen auf http://www.westring.info/uvp/

Protestaktion gegen Israels Luftangriffe auf den Gazastreifen

Mittwoch, 14.3.2012
12 bis 13.30 Uhr, Wien, Minoritenplatz, Ecke Bruno Kreisky Gasse,
vor dem Österreichischen Außenministerium
Veranstalter: Frauen in Schwarz, u.a.
siehe dazu auch http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Gaza/angriffe-baf.html

Glosse: *"Über der Gürtellinie"*
Unter der Rubrik "Gastbeiträge": eine Reihe mit Glossen des Musikers/Autors Herwig Strobl unter dem Titel "Über der Gürtellinie"
Zu den Glossen

(6) Termine
aktuelle Terminübersicht siehe unter www.solidarwerkstatt.at (rechts unten, bei "Termine")

(7) Neue Facebook-Seite der Solidarwerkstatt ***"Neoliberalismus und Rassismus bekämpfen - Raus aus der EU!"***

Wir freuen uns auch über Kontakt! **Sich informieren, mitdiskutieren, kommentieren auch auf unseren Themenseiten: bitte liken!**

Weitere Facebook-Seiten:
- **http://www.facebook.com/solidarwerkstatt**
- **Für eine echte Gesamtschule**
- **Pflege in die Sozialversicherung**
- **Höchste Eisenbahn für eine Verkehrswende**
- **Neutralität statt Berufsheer und EU-Kampftruppen**

(8) LeserInnen-Briefe/Diskussionen/Gastkommentare
Wir freuen uns über Ihre/Deine Beiträge - Kritik, Lob, Anregungen, Kommentare, Neuigkeiten, usw. Vielen Dank!
Sh. http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=65&Itemid=92
bzw. LeserInnenbriefe

Die Arbeit der Solidar-Werkstatt Österreich erfordert nicht nur viel Engagement und Zeit, sie kostet auch Geld. Für Alle, die unsere Tätigkeit auch finanziell unterstützen möchten hier gerne unsere Bankdaten: Solidar-Werkstatt Österreich, Kt.Nr. 6 274 146, BLZ 34 777, Raiffeisenbank Perg. Besonders freuen wir uns über Daueraufträge, da diese die Planung unserer Projekte und Aktionen erleichtert.

Vielen Dank für Eure/Ihre Unterstützung!

Euer/Ihr Werkstatt-Team
Kt.Nr. 6 274 146, BLZ 34 777